

ungeheuren Schädigungen der deutschen Wirtschaft hinweisen, die eine Erfüllung des Verlangens der Militärs mit sich bringen würde.

**Verlängerung der Zuteilung wegen Oberschlesien.**

Als Protest gegen die Zuteilung großer Teile Oberschlesiens an Polen werden die Breslauer Kaufleute und Gewerbetreibenden am nächsten Freitag nachmittags ihre Betriebe und Geschäfte schließen. Am gleichen Tage und an den folgenden wird auch die Veranstaltung von Lustfahrten unterbleiben. Die Polizeistunde wird auf 9 Uhr abends festgesetzt. Der Oberpräsident von Oberschlesien hat eine Polizeiverordnung erlassen, in der die Lustfahrten in öffentlichen Lokalen auch für geschlossene Gesellschaften am Freitag, Sonnabend und Sonntag verboten sind.

**Warenverschleuderung über die dänische Grenze.**

Nach mehrfachen Berichten ist die deutsche Zollkontrolle in Barnemünde und an der deutsch-dänischen Grenze in Schleswig bedeutend verschärft worden. Die Ausfuhr von Lebensmittel und anderen Waren für den Haushalt, die namentlich in Schleswig in der zweiten und dritten Zone von Dänen in letzter Zeit infolge der niedrigen deutschen Valuta in großen Mengen aufgetauft worden waren, ist jetzt vollständig zum Stehen gebracht. In den letzten Tagen wurden in den deutschen Grenzstellen bedeutende Warenmengen beschlagnahmt.

**Die angeblichen Kreditverhandlungen in London.**

Während von einer Seite behauptet wird, die Verhandlungen des deutschen Reichsbankpräsidenten Haverstein in London über ein Kreditabkommen für Deutschland würden in den nächsten Wochen in Berlin fortgesetzt, meldet man andererseits nach Erkundigungen an maßgebender Stelle, die Nachrichten, daß sich Reichsbankpräsident Haverstein in London um den Abschluß einer langfristigen Anleihe bemüht habe, seien gänzlich unrichtig und völlig auf der Luft gegriffen. Die Reise Haversteins habe einer Kreditaktion überhaupt nicht gegolten.

**Kampf gegen die Anzeigensteuer.**

Bei den im Reichstage beginnenden Beratungen über die neuen Steuerentwürfe der Regierung wird dem Vernehmen nach auch die Beratung der seinerzeit außerordentlich stark bekämpften besonderen Anzeigensteuer wiederum eine Rolle spielen. Die verschiedenen Vorschläge der Zeitungverleger beabsichtigen, entsprechende Vorschläge zur Abänderung der Anzeigensteuer dem Steuerausdruck des Reichstags zu unterbreiten. Gleichzeitig beabsichtigen die großen Anzeigenverleger, für die Robelle des Umsatzsteuergesetzes eine Abänderung in der Richtung vorzuschlagen, daß die Steuer bei den Anzeigenverlegern nicht wie bisher von dem Gesamtumsatz, sondern nur von dem der Anzeigenverteilung verbleibenden Umsatzanteil erhoben werden soll.

**Ungarn.**

X Auf dem Wege in die Verbannung. Die Liquidierung des monarchistischen Büros in Ungarn wird programmgemäß durchgeführt. Erzherzog Karl und seine Gemahlin befinden sich auf dem Wege in die Verbannung. Vor und hinter dem Zuge des Königs fuhr ein mit Militär besetzter Sonderzug. Eine förmliche Übergabe des Königs an die Entente hat nicht stattgefunden. Er wurde auf ein englisches Kanonenboot gebracht. Der tschechische Ministerpräsident, Dr. Benesch, erklärte neuerdings, daß der Krieg unvermeidlich sei. Dr. Benesch erhebt gegen die tschechische Regierung schwere Anklagen und versichert besonders, daß sie an dem Unternehmen Karls mitschuldig sei und von diesem Kenntnis hatte. Man mißt in Entente-kreisen diesen Alarmgerüchten wenig Bedeutung bei.

**Aus In- und Ausland.**

Berlin. Wie nunmehr zur Kenntnis der deutschen Regierung gekommen ist, hat die Vorkonferenz an die polnische Regierung die gleiche Note über die Gefahren des Eintritts laubdender Personen nach Oberschlesien gerichtet wie diejenige, die dem deutschen Vorkonferenz in Paris überreicht worden ist.

Berlin. Reichskanzler Dr. Brüning ist aus Freiburg i. Br. wieder in Berlin eingetroffen.

Berlin. Die Delegierten Deutschlands für die gemischte ober-schlesische Kommission sind nunmehr ernannt worden. Es sind dies Geh. Bergrat Dünkel und Bankdirektor Lehner vom schlesischen Bankverein aus Breslau.

Königsberg. Hier wurden zehn litauische Kommunisten verhaftet. Es soll viel belastendes Material beschlagnahmt sein.

London. Nach einer Nachricht aus Albanien hat bei Durio ein heftiger Kampf zwischen serbischen und albanischen Truppen stattgefunden. Die Stadt ist durch die serbischen Truppen bedroht.

Madrid. Der König hat ein Dekret unterzeichnet, in dem angeordnet wird, daß die Jahreklasse 1921, die im Februar 1922 einberufen werden sollte, bereits am 15., 16. und 17. November d. J. unter die Fahnen gerufen werde.

Kiel. Das amtliche bolschewistische Blatt „Nowaja“ teilt mit, daß in der Ukraine fünf gegenrevolutionäre Organisationen entdeckt sind. Aus diesem Anlaß wurden 475 Verhaftungen vorgenommen.

Kiel. Die Festsetzung der finnisch-russischen Grenze an der Peltenga ist beendet und das Grenzabkommen unterzeichnet worden.

**Europas Getreideernte 1921.**

Besser als die vorjährige.

Der Septemberbericht des Statistischen Bureaus des Internationalen Landwirtschaftlichen Instituts in Rom stellt fest, daß die europäische Roggen- und Weizenernte mit Ausnahme Russlands, bei weitem die vorjährige Ernte übersteigt. Der Gesamtantrag für eine größere Ländergruppe (Belgien, Bulgarien, Spanien, Finnland, Frankreich mit Elsaß-Lothringen, Griechenland, Ungarn, Italien, Holland, Polen, Schweden, die Schweiz) beträgt für Weizen 233,6 Millionen Zentner gegen 178,5 im Vorjahr und für Roggen 79,1 Millionen Zentner gegen 61,1 Millionen 1920. Außerdem wird der Ernteertrag 1921 in Deutschland für Weizen, Spelz und Roggen mit 63,5 Millionen Zentner gegen 52,0 Millionen Zentner im Jahre 1920 angegeben, was eine Erhöhung von 22,1 Prozent bedeutet.

Ebenfalls hat sich die landwirtschaftliche Produktion gegen das Vorjahr sehr gehoben in Nordafrika, wo die Ernte in Algerien, Ägypten, französisch Marokko und Tunis 29,5 Millionen Zentner Weizen gegen 18,4 im Vorjahr eingebracht hat. Dagegen wird in den Vereinigten Staaten die Weizenernte nur auf 205 Millionen Zentner geschätzt (i. V. 214 Millionen) und die Roggenernte auf 16,3 Millionen Zentner (i. V. 17,6); in Kanada betrug die Weizenernte 80,1 Millionen Zentner (i. V. 71,6) und die Roggenernte 3,0 Millionen Zentner (gegen 2,9 i. V.). Der Gesamtantrag der beiden großen nordamerikanischen Länder weist also die ungefähren Größen wie im Jahre 1920 auf. In dessen läßt sich das Ergebnis der Kanadaernte erst nach dem Dreifachen einschätzen, da der Getreideertrag in der Provinz Saskatchewan wüsten. Wenn man in die oben aufgeführten Länder noch Japan und Indien einschließt, trotzdem Indien nur einen sehr mageren Ertrag aufzuweisen hat, so beträgt die Gesamternte aller dieser Länder 614,2 Millionen Zentner gegen 593,3 Millionen Zentner im vorigen Jahre, also durchschnittlich 3,5 Prozent mehr. Die Gesamternte weist eine Erhöhung um 20,7 Prozent, nämlich von 98,5 auf 81,6 Millionen Zentner auf. Von Interesse dürfte es für die Zukunft des Kornmarktes sein, die Entwicklung der Getreideernte auf der südlichen Halbkugel zu verfolgen, wo man gegen Dezember und Januar zur Ernte schreitet. In Australien wurde dieses Jahr um 4 Prozent mehr geerntet als im Jahre 1920. Für Argentinien konnte man keine Statistik aufstellen, da die große Trockenheit eine Feststellung der Saattiefe beeinträchtigt. Die Gesamternte schätzt man in den von der Statistik einbezogenen Ländern, die etwa 40 Prozent der Weltproduktion stellen, auf etwa 144 Millionen Zentner gegen 136,3 Millionen Zentner im Vorjahr, durchschnittlich demnach um 5,7 Prozent höher. Für Asien lauten die Berichte ungenügend. Man rechnet mit einem Rückgang des Ertrages von 360,3 Millionen Zentner um etwa 19 Prozent auf etwa 291,7 Millionen Zentner. In Deutschland, das in diese Statistik und Haferernteerträge nicht einbezogen ist, wird der Ertrag in beiden Arten auf 45,1 Millionen Zentner gegen 47,6 Millionen im Vorjahr, also um 5 Prozent niedriger, geschätzt.

**Was Deutschland in Oberschlesien verliert.**



**Der Verlust an Bodenschätzen in Oberschlesien.**



**Weitere Verluste.**

Von den im Betrieb befindlichen 67 Steinkohlengruben fallen 53 an Polen; von den 44 Kupfer- und Zinkgruben fallen 3 an Polen; von den 22 Zink- und Silbergruben fallen 21 an Polen; von den 8 Hochaluminatwerken fallen 5 an Polen; von den 15 Eisen- und Stahlwerken fallen 9 an Polen; von den 14 Stahl- und Walzwerken fallen 9 an Polen, welches auch die vorhandenen Blei- und Silberminen enthält.

**Datos Mörder in Berlin verhaftet.**

24 Millionen Mark Belohnung.

Am 8. März wurde der spanische Ministerpräsident Dato ermordet. Die Mörder wandten sich erst nach Paris und dann nach Berlin, und hier ist es jetzt gelungen, sie zu verhaften. Von der Berliner Polizei wurden der spanische Staatsangehörige Luis Nikolau Fort und seine Frau sowie ein weiterer Spanier festgenommen, der aber mit dem Mord unmittelbar nichts zu tun hatte. Die spanische Botschaft in Berlin hatte auf die Ermittlung der Mörder eine Million Pesetas Belohnung ausgesetzt, das sind etwa 24 Millionen Mark. Der größte Teil der Belohnung wird unter die Beamten der Berliner Polizei verteilt. Jedenfalls gehört das verhaftete Ehepaar zu den vier Personen, die auf Dato geschossen haben. Wie verlautet, soll die Auslieferung der Täter verlangt werden und wird wohl auch erfolgen.

**Das 5- bis 14-fache Friedensgehalt.**

Die Gehaltssteigerungen der Reichsbeamten. Zu den bereits durch die Presse veröffentlichten Mitteilungen über die Erhöhung der Besoldung der Reichsbeamten wird jetzt amtlich gemeldet, daß die über die Höhe der Grundgehälter angegebenen Zahlen zwar zutreffend sind, daß man aber ein richtiges Bild nur gewinnen könne, wenn die Dienstbezüge unter Berücksichtigung der Wirkung der Reichseinkommensteuer betrachtet werden. Bei der Bemessung der Dienstbezüge mußte einerseits der unbestreitbaren Notlage der Beamenschaft, andererseits aber der unerfreulichen Finanzlage des Reiches Rechnung getragen werden. Nach den neuen Plänen erhalten die Beamten der untersten Gruppen das Vier- oder Dreifache ihrer Friedensbesoldung, während den Beamten der mittleren Gruppen nur etwa das Siebenfache, den Beamten der höheren Gruppen das Sech- oder Fünffache ihrer Friedensbezüge gegeben wird.

Die Gesamtausgaben für die Aufbesserung der Beamten erreichen die in der Presse mitgeteilten Summen nicht. Sie betragen für die Reichsbeamten allein rund sieben-einhalb Milliarden. Wenn auch die Ausgaben, die sich für die Beamten der Länder und der Kommunen, für die Arbeiter und Angestellten des Reichs und der Länder ergeben werden, recht beträchtlich sind, so erreicht die Gesamtbelastung nicht annähernd die wiederholt genannte Summe von 30 Milliarden. Die Vorlage wird angesichts der außerordentlichen dringlichen Notlage der Beamten und Angestellten so beschleunigt werden, daß sie am nächsten Montag an den Reichstag gelangen und im Laufe der nächsten Woche voraussichtlich vom Reichstag verabschiedet werden kann. Bei der Ausarbeitung der Vorlage war vor allem die Erhöhung maßgebend, daß die Befestigung der allzu großen Abweichung der Gehälter wünschenswert erschien, so daß einzelne Kategorien besser gestellt wurden. Diese Maßnahme war vor allem dadurch notwendig geworden, daß in der letzten Zeit der Abfluß der höheren Beamten aus dem Reichsdienst in den Privatdienst einen sehr großen Umfang angenommen hatte.

**Schlusssdienst.**

Drachenschriften vom 8. November.

**Eine Trauertage für Oberschlesien.**

Berlin. Eine Anzahl Frauenorganisationen, darunter der Deutsche Frauenbund, der Reichsfrauenrat, der Deutsche demokratische Partei und der Gewerkschaften deutscher Arbeiterinnen, haben an den Reichspräsidenten eine Eingabe gerichtet, in der sie um Einsetzung einer Trauertage anlässlich der gewaltsamen Zerteilung Oberschlesiens bitten.

**Stärkere Grenzbeobachtung wegen „Ausverkauf“.**

Berlin. Die Landesfinanzämter sind vom Reichswirtschaftsminister angewiesen worden, die von ihnen für den Warenverkehr zwischen den Grenzbezirken gewährten Erleichterungen zurückzugeben bzw. auf ihre Befähigung unter den neuen Verhältnissen schleunigt zu revidieren. Auf dem Gebiete der Überwachung der Warenabfuhr wird das Reichsfinanzministerium für sofortige Befestigung der Grenzüberwachung durch Heranziehung von Polizeibeamten aus dem Innenministerium unter Inanspruchnahme von geschulten Kräften des Reichsbeauftragten für die Überwachung der Ein- und Ausfuhr sorgen.

**Verringerter Fremdenverkehr infolge Reiserests.**

Berlin. Im Fremdenverkehr Groß-Berlins macht sich die Wirkung des Reiserests im Oktober sehr bemerkbar. Während dieser Monat sonst meist ein Anwaschen des Verkehrs zu bringen pflegt, ist diesmal bei 110.680 Gästen ein Rückgang um rund 17.000 gegen den September zu verzeichnen.

**Die Deutschen in Polen.**

Berlin. Wie eine in Berlin erscheinende polnische Zeitung meldet, ergab sich bei der letzten Volkszählung in Polen, daß sich in den von Deutschland an Polen abgetretenen Gebieten eine weit größere Zahl von Personen der Nationalität nach als „deutsch“ bezeichneten, als man in Warschau erwartet hatte. Auch das polnische Blatt gibt zu, daß dieses für die Polen so wenig schmeichelhafte Ergebnis eine Folge der polnischen Wirtschaft in den neuverworbenen Gebieten ist.

**Jugentleistung bei Neubrandenburg.**

Hamburg. Der D-Zug Hamburg-Lübeck-Stettin entgleiste bei der Durchfahrt durch den Bahnhof Neerhof bei Neubrandenburg mit drei Personenzügen. Eine große Anzahl Reisender wurde leicht verletzt. Der Materialschaden ist groß.

**Ermordung eines Priesters.**

Köln. Erpriester Strubny aus Wofrau ist in der Nacht zum 1. November erschossen worden, als er vom Bahnhof nach Hause gehen wollte. Zwei Wunden trafen ihn in den Kopf und ein Schuß in das Herz traf. Den Verdächtigten ist man auf der Spur.

**Deutsche Arbeiter für das Sommegebiet?**

Paris. Zu dem Befehl der deutschen Abordnung im Sommegebiet erklärt man, daß nunmehr 2500 deutsche Arbeiter in dieses Gebiet abgeordnet werden sollen. Die Finanzpläne für diese Arbeiter sind noch nicht ganz erledigt, sollen aber Loucheur vorgelegt werden. Von amtlichen deutschen Stellen ist diese Nachricht bisher nicht bestätigt.

**Unruhen in China.**

London. Aus Tientsin wird gemeldet, daß ernste Schwierigkeiten in China zu erwarten sind. Man fürchtet, daß Unruhen in Peking ausgebrochen sind.

**Japan behält die Insel Sachalin.**

Newyork. In gut unterrichteten Kreisen wird erklärt, daß Japan die Vereinigten Staaten davon verständigt habe, daß es nicht bereit sei, die militärische Besetzung der Nordhälfte der Insel Sachalin aufzugeben.

**Unmensliche Behandlung amerikanischer Soldaten.**

Washington. Der Senat hatte eine erregte Sitzung infolge der Interpretation des Senators Wilson, der Unhöflichkeit gegenüber den amerikanischen Soldaten in Frankreich zu erlauben hatten, machte. Eine Kommission von fünf Mitgliedern ist ernannt worden, um die Unternehmung einzuleiten.

**Sächsische und lokale Mitteilungen.**

Raunhof, den 3. November 1921.

**Werkblatt für den 4. November.**

Sonnenaufgang 7<sup>11</sup> | Mondaufgang 11<sup>11</sup> A.  
Sonnenaufgang 4<sup>11</sup> | Monduntergang 8<sup>11</sup> A.  
1748 Eröffnung der Universität Erlangen. — 147 Komponist Felix Mendelssohn-Bartholdy gest. — 1850 Dichter Gustav Schwab gest. — 1911 Abschluss des deutsch-französischen Warokloabkommens.

Wichtig! Falsche Hundertmarkheine! Von den Reichsbanknoten zu 100 Mark mit dem Datum vom 1. 11. 1920, die seit Anfang Januar d. J. dem Verkehr zugeführt wurden, sind jetzt Fälschungen aufgetaucht, die als solche durch das Fehlen des Wasserzeichens oder durch Abweichungen im Wasserzeichen wie auch an dem nur vorgezeichneten Faserstreifen leicht zu erkennen sind. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die echten Noten dieser Ausgabe auf der Mitte der Rückseite einen kupferbraunen Faserstreifen tragen, der nicht in aufgedruckten farbigen Buchstaben besteht, sondern aus Pflanzenfasern, die in das Papier eingelassen sind und sich mit einer Nadel lösen lassen müssen. Die echten Noten tragen ferner auf dem rechten und linken unbedruckten Rande ein Wasserzeichen \* 100 \* M. \* 100 \* M., das auf dem einen Rande in heller, auf dem andern in dunkler Ausföhrung erscheint. Gibt also eine 100-Mark-Note zu Zweifeln Anlaß, sei es durch Abweichungen im Papier, sei es durch unklare verdruckene Druckausföhrung, dann prüfe man Wasserzeichen und Faserstreifen. Vor Annahme der Rückgaben wird gewarnt! Gleichzeitig wird in Erinnerung gebracht, daß das Reichsbankdirektorium für die Ausdeckung von Fälschungsmerkmalen und für Mitteilungen, die zur Festnahme und Bestrafung von Herstellern und wissenschaftlichen Verbreitern von solchen Reichsbanknoten führen, Belohnungen ausgesetzt hat, die im Einzelfalle bis zu einer Höhe von 10.000 Mark bemessen werden.

Die Post gegen die Zwergbriefe. Die Verwendung von Briefumschlägen von ungewöhnlich kleiner Form, wie sie zur Beförderung von Besuchs- und Glückwunschkarten vielfach im Gebrauch sind, ist für den Postbetrieb unerwünscht und auch für die Allgemeinheit mit Nachteilen verbunden. Nach Abrechnung des Raumes zur Aufhebung der Freimarke und zum Ausdruck des Aufgabestempels bleibt für eine deutliche und vollständige Anschrift nur wenig Platz. Die posttechnische Behandlung solcher Briefe, namentlich die Stempelung, ist wegen der kleinen Form, in jeder Beziehung schwieriger. Das Verteilungsgeschäft wird zum Schaden aller andern Briefsendungen erheblich verzögert. Außerdem besteht die Gefahr des Einschleppens in Drucksachen, so daß die Briefe Verunstaltungen erleiden oder in unrichtige Hände kommen und ganz verloren gehen. Die Öffentlichkeit wird daher im eigenen Interesse ersucht, derartige kleine Briefumschläge nicht zu verwenden.

Raunhof. Was soll aus unserer Kleinhinderbewehrung? „Eilt abeithilt“ werden? Dieses wohlthätige Institut ist nicht mehr lebensfähig, wenn die Feuerungsstände weiter anhalten. Der aufsichtsföhrnde Gesamtvorstand mußte sich überzeugen, daß selbst

bei der allerbüchsten nicht auskommen die Katastrophe nicht Verträge der Kinder mühe. In der letzten das weder Mittel zu allenbüchsten Reparaturen eine öffentliche die leitenden Personen wollen.

Städtische Oktober wurden in wirts 9 männliche, b. vermittel. Darunter

Raunhof Monst Oktbr. d. J. über 17740 cbm nach dieses Jahr 12

Am 1. Oktober Kapitaleintragsverfahren für die Abführung rückstehenden Steuerbeiträge Verfahren vor. Der Gläubiger die Steuerbeiträge binnen ihm zuständige Finanzämtern und die Höhe der Kapitalrückzahlung, die den Steuerbetrag mit gelieferter Zahlung

Polizeihaftung, die den Steuerbetrag mit gelieferter Zahlung

Polizeihaftung, die den Steuerbetrag mit gelieferter Zahlung

Polizeihaftung, die den Steuerbetrag mit gelieferter Zahlung

Polizeihaftung, die den Steuerbetrag mit gelieferter Zahlung

Polizeihaftung, die den Steuerbetrag mit gelieferter Zahlung

Polizeihaftung, die den Steuerbetrag mit gelieferter Zahlung

Polizeihaftung, die den Steuerbetrag mit gelieferter Zahlung

Polizeihaftung, die den Steuerbetrag mit gelieferter Zahlung

Polizeihaftung, die den Steuerbetrag mit gelieferter Zahlung

Polizeihaftung, die den Steuerbetrag mit gelieferter Zahlung

Polizeihaftung, die den Steuerbetrag mit gelieferter Zahlung

Polizeihaftung, die den Steuerbetrag mit gelieferter Zahlung

Polizeihaftung, die den Steuerbetrag mit gelieferter Zahlung

Polizeihaftung, die den Steuerbetrag mit gelieferter Zahlung

Polizeihaftung, die den Steuerbetrag mit gelieferter Zahlung

Polizeihaftung, die den Steuerbetrag mit gelieferter Zahlung

Polizeihaftung, die den Steuerbetrag mit gelieferter Zahlung

Polizeihaftung, die den Steuerbetrag mit gelieferter Zahlung

Polizeihaftung, die den Steuerbetrag mit gelieferter Zahlung

Polizeihaftung, die den Steuerbetrag mit gelieferter Zahlung

Polizeihaftung, die den Steuerbetrag mit gelieferter Zahlung

Polizeihaftung, die den Steuerbetrag mit gelieferter Zahlung

Polizeihaftung, die den Steuerbetrag mit gelieferter Zahlung

Polizeihaftung, die den Steuerbetrag mit gelieferter Zahlung